

Die Verwaltung erklärt, dass es mit Inkrafttreten des Stärkungspaktgesetzes im Jahr 2011 und der daraus resultierenden pflichtigen Teilnahme Bergneustadts erforderlich sei, den sich aus diesem Gesetz ergebenden gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen. Zuletzt sei mit dem Haushaltssanierungsplan 2015 beschlossen worden, die Realsteuersätze für das Haushaltsjahr 2016 wie folgt festzusetzen:

Grundsteuer A	325 v. H	(bisher 310 v. H)
Grundsteuer B	1.255 v. H	(bisher 876 v. H) und
Gewerbesteuer	460 v. H	(bisher 440 v. H).

Ergänzend teilt die Verwaltung mit, dass eine ablehnende Haltung dazu führe, dass die Stadt Bergneustadt nicht in der Lage sei, eindeutige und einmalige Steuerbescheide auf den Weg zu bringen. Vielmehr müsse eine Steuerbescheidung zunächst mit den momentan gültigen Hebesätzen erfolgen.

Verständlicherweise habe es aufgrund der Anhebung der Grundsteuer B in der Bevölkerung einen Aufschrei gegeben. Die sich daraus gebildete Initiative „Wir sind Bergneustadt“ habe am vorangegangenen Abend eine Vielzahl von Einwendungen gegen die geplante Erhöhung der Verwaltung übergeben.

Stv. Schulte bittet um eine kurze Sitzungsunterbrechung, um der anwesenden Bürgerinitiative die Möglichkeit zur Abgabe eines Statements zu geben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Saßmannhausen von der Bürgerinitiative teilt mit, dass es das erklärte Ziel der Initiative sei, ein klares Zeichen gegen die verheerende Steuerpolitik in NRW zu setzen. Als Weiteres müsse sich der Bürgermeister vor die Bewegung stellen, um ein klares Zeichen für die Bürger dieser Stadt abzugeben. Dass es nicht so weitergehen könne, wie momentan beschritten, müsse allen Beteiligten verständlich sein.

Im Anschluss erklären die Fraktionsvorsitzenden die Standpunkte der jeweiligen Ratsfraktion zu den geplanten Hebesatzerhöhungen, verweisen auf die im Rat zu haltenden Etatreden der Fraktionen und teilen einstimmig mit, dass sie die geplanten und vorgelegten Steuererhöhungen für das Jahr 2016 u. a. aus sozialpolitischen Gründen nicht mittragen können.

Auf Nachfrage von BM Holberg teilen die Fraktionen mit, dass die Steuersätze als Ganzes abzulehnen seien. Man orientiere sich hier an den Grundsatzbeschluss des Jahres 2012, mit dem eine Festsetzung der Realsteuersätze über 959 Prozentpunkte hinaus abgelehnt werde. Hierzu werden die Fraktionen in der nächsten Sitzung des Rates einen Vorschlag abgeben.

Beschluss:

Nachfolgend spricht der Haupt- und Finanzausschuss mit 12 Gegenstimmen bei einer Enthaltung keine Beschlussempfehlung an den Stadtrat aus.